Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 13. —

(No. 810.) Allgemeines Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände. Vom 5ten Juni 1823.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

haben, um Unsern getreuen Unterthanen ein neues bleibendes Pfand landesväterlicher Huld und Vertrauens zu geben, beschlossen, in Unserer Monarchie die ständischen Verhältnisse zu begründen, und deshalb Provinzialstände im Geiste der älteren deutschen Verfassungen eintreten zu lassen, wie solche die Eigenthümlichkeit des Staats und das wahre Bedürfnis der Zeit erfordern.

Eine Kommission, unter dem Voritze Unseres Sohnes, des Kronprinzen königliche Hoheit, ist von Uns beauftragt worden, diese Angelegenheit vorzubereiten, und darüber mit erfahrenen Männern aus jeder Provinz in Berathung zu treten. Auf den von derselben an Uns erstatteten Bericht, verordnen Wir:

I.

Es sollen Provinzialstände in Unserer Monarchie in Wirksamkeit treten.

II.

Das Grund-Eigenthum ist Bedingung der Standschaft.

III.

Die Provinzialstände sind das gesetzmäßige Organ der verschiedenen Stände Unserer getreuen Unterthanen in jeder Provinz.

Dieser Bestimmung gemäß werden Wir

- 1) die Gesetzes-Entwürfe, welche allein die Provinz angehen, zur Berathung an sie gelangen, ihnen auch,
- 2) so lange keine allgemeine ständische Versammlungen statt finden, die Entwürfe solcher allgemeinen Gesetze, welche Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten und in den Steuern zum Gegenstande haben, so weit sie die Provinz betreffen, zur Berathung vorlegen lassen;

Jahrgang 1823.

V

3) Wit-

(Ausgegeben zu Berlin den 3ten August 1823.)

19005.

- 3) Bitten und Beschwerden, welche auf das spezielle Wohl und Interesse der ganzen Provinz oder eines Theils derselben Beziehung haben, von den Provinzialständen annehmen, solche prüfen und sie darauf bescheiden, und
- 4) die Kommunal-Angelegenheiten der Provinz ihren Beschlüssen, unter Vorbehalt Unserer Genehmigung und Aufsicht, überlassen.

Dem gegenwärtigen Gesetze, das jedoch auf Neuchâtel und Valangin keine Anwendung findet, wollen Wir für jede Provinz ein besonderes Gesetz, welches die Form und die Gränzen ihres ständischen Verbandes bestimmt, nachfolgen lassen.

Sollten Wir künftig in diesen besondern Gesetzen Abänderungen als wohlthätig und nützlich erachten; so werden Wir diese nur nach vorhergegangenem Beirath der Provinzialstände treffen.

Wann eine Zusammenberufung der allgemeinen Landstände erforderlich seyn wird, und wie sie dann aus den Provinzialständen hervorgehen sollen, darüber bleiben die weiteren Bestimmungen Unserer landesväterlichen Fürsorge vorbehalten.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und Beidrückung Unseres großen Königlichen Insignels.

Gegeben Berlin, den 5ten Juni 1823.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.
von Schuckmann.

(No. 814.) Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände für die Mark Brandenburg und das Markgrathum Niederlausiz. Vom 1sten Juli 1823.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen *rc. rc.*

ertheilen, in Folge des wegen Anordnung der Provinzialstände in Unserer Monarchie am 5ten Juni d. J. erlassenen allgemeinen Gesetzes, für den ständischen Verband der Mark Brandenburg und des Markgrathums Niederlausiz, nachstehende besondere Vorschriften.

I. Bestimmung der in diesem Verbands begriffenen Landestheile.

§. I. Dieser Verband begreift

- 1) die Churmark,
- 2) die Neumark,
- 3) die Niederlausiz.

Zur Churmark treten in ständischer Beziehung die Aemter Belzig, Dahme und Zückerbuck und die Herrschaft Baruth.

Mit